
I N L A N D

Bischöfe beraten in Mariazell über Synodalität	2
Vollversammlung der Bischöfe dauert noch bis Mittwoch - Weihbischof Hofer betont bei Messe mit dem Episkopat Bereitschaft zur christlichen Feindesliebe	
Linz: Betriebsseelsorge unterstützt Möbelhaus-Mitarbeiter	2
Katholische Aktion Wien unterstützt Klage gegen Bodenversiegelung	3
Jugendstudie: Wenig Vertrauen zu Religionsgemeinschaften	4
Amstettner Ordensfrau initiiert Öko-Projekte in Perus Anden	5
Salzburg: Neuer theologischer Studiengang "4C" ist Erfolg	6
Kirchliche Pädagogische Hochschule Wien/Krems ist UNESCO-Schule	7
Stift Göttweig Schauplatz von hochrangigem Politikertreffen	7

V A T I K A N & R O M

Vatikan-Papier stellt mehr Teilhabe in der Kirche in Aussicht	8
"Instrumentum laboris" (Arbeitspapier) für Bischofssynode im Oktober veröffentlicht	
"Wie ein Kochbuch": Vatikan stellt Weltsynoden-Papier vor	9
Synodensekretariat-Leiter Kardinal Grech und Synoden-Generalrelator Hollerich betonen: "Instrumentum laboris" für kommende Bischofssynode ist ein Dokument der gesamten Kirche - 370 Teilnehmende im Oktober in Rom erwartet	
Frauen, LGBTQ+, Zölibat: Vatikan packt "heiße Eisen" an	10
Das mit Spannung erwartete Arbeitspapier für die Weltbischofssynode im Oktober ist da - Unerwartet themenhaltig ist das Dokument, über das bald Geistliche und ungeweihte Kirchenmitglieder in Rom diskutieren werden - Von Kathpress-Rom-Korrespondentin Severina Bartonitschek	
Papst Franziskus hat Kubas Präsidenten Diaz-Canel empfangen	11

A U S L A N D

Deutsche Bischöfe uneins über Fortsetzung von Reformdebatte	12
Gericht in Bayern sieht Kirche in Haftung für Missbrauch	13
Neue Leitung für Europa-Kirchendachverband KEK	14
Bericht: Nach Schule nun tödlicher Anschlag auf Kirche in Uganda	15
Mexiko: Gebet und Glockenläuten für zwei ermordete Katechetinnen	16
Pakistans Regierung knickt bei Blasphemie vor Islamisten ein	16
Weltkirchenrat will Verbindungen zu Russland und Ukraine stärken	17
Mehr als 100.000 Pilger bei Aachener Heiligtumsfahrt	18
Brustkreuz von Benedikt XVI. aus Kirche in Bayern entwendet	19
Indischer Konzilsteilnehmer Alphonsus Mathias wird 95	19

I N L A N D

Bischöfe beraten in Mariazell über Synodalität

Vollversammlung der Bischöfe dauert noch bis Mittwoch - Weihbischof Hofer betont bei Messe mit dem Episkopat Bereitschaft zur christlichen Feindesliebe

Mariazell, 20.06.2023 (KAP) Wenn am Dienstag nachmittag im Vatikan das Arbeitsdokument für die weltweite Bischofssynode im Oktober präsentiert wird, steht das Thema Synodalität auch im Zentrum der Beratungen der österreichischen Bischöfe in Mariazell. Eröffnet wurde der zweite Tag der Sommervollversammlung der Bischofskonferenz mit einer Messe beim Gnadenaltar der Basilika. In der Predigt thematisierte der Salzburger Weihbischof Hansjörg Hofer den bleibenden Anspruch an Christen, die von Jesus in der Bergpredigt geforderte Feindesliebe zu leben.

Kein Wort Jesu fordere die Menschen so sehr heraus, wie der Auftrag, seine Feinde zu lieben, so der Weihbischof unter Bezugnahme auf das Tagesevangelium. "Solange dieses Wort uns unruhig macht, ist nichts verloren", so Hofer, der vor der Tendenz warnte, diesem Schriftwort "die Spitzen und Kanten zu nehmen". Das Mindestmaß, das es zu erfüllen gelte, sei es, "dass nicht Gleiches mit Gleichen vergolten wird, und dass man nicht dem Hass erliegt". Dies müsse im Umgang mit Feinden immer beachtet werden. So sei etwa in kriegerischen Situationen dem Feind immer das zu geben, was er braucht.

"Jesus erwartet von uns, dass wir unsere Gesinnung ändern", dies sei der Kern des Gebots der Feindesliebe. Dieses "ehrliche Wohlwollen" dem Feind gegenüber könne nur gelingen, "wenn man bereit ist, über sich selbst hinauszuwachsen und alles von Gott her betrachtet". So sei aus dieser Perspektive jeder und jede, auch der persönliche Feind, ein Geschöpf Gottes. "Bitten wir Gott, er möge uns helfen, den Feind mit anderen Augen

zu sehen", so der Weihbischof. "Es geht beim Gebot der Feindesliebe darum, sich wirklich zu bemühen und immer wieder damit zu beginnen - das ist es, was am Ende zählt."

Beratung über Synodalität

Zu den am Dienstag nachmittag anstehenden Beratungen über Synodalität hat die Bischofskonferenz zwei Referenten aus Deutschland eingeladen: den Fuldaer Diözesanbischof Michael Gerber, der mittels Video zugeschaltet sein wird, sowie die Ordensfrau und Theologin Igna Kramp. An den Gesprächen des Episkopats zu dieser Thematik nehmen auch die Mitglieder des nationalen Synodenteams bzw. Teilnehmer bei der kontinentalen Versammlung in Prag teil. Es sind dies die Wiener Pastoraltheologin und Religionssoziologin Prof. Regina Polak, die Innsbrucker Caritas-Direktorin Elisabeth Rathgeb, die Rektorin der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule (KPH) in Innsbruck, Petra Steinmair-Pösel, der Salzburger Theologe Markus Welte und der Europareferent der Bischofskonferenz, Johannes Moravitz.

Für Mittwoch, den letzten Tag der Vollversammlung, ist ein Treffen mit dem Apostolischen Nuntius in Österreich, Erzbischof Pedro Lopez Quintana, geplant. Zum Abschluss der Konferenz feiern die österreichischen Bischöfe um 11.15 Uhr einen Festgottesdienst in der Wallfahrtsbasilika Mariazell, zu dem die Gläubigen eingeladen sind. Der Linzer Diözesanbischof Manfred Scheuer wird der Messe vorstehen. Der stellvertretende Vorsitzende der Bischofskonferenz wird auch predigen.

Linz: Betriebsseelsorge unterstützt Möbelhaus-Mitarbeiter

Betriebsseelsorge der Diözese Linz übt Kritik an kika- und Leiner-Schließungen - Unterstützungsangebote für gekündigte Möbelhaus-Mitarbeiter

Linz, 20.06.2023 (KAP) 1.900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Leiner & kika Möbelhandels GmbH stehen vor der Kündigung. An die Betroffenen richtet die Betriebsseelsorge der Diözese Linz

in den Treffpunkten "mensch & arbeit" in Linz-Mitte, Steyr, Vöcklabruck und Wels nun Beratungsangebote. Man stehe damit an der Seite der Arbeitnehmerinnen und -nehmer, "deren

Belange allzu oft egoistischen Kapitalinteressen unterliegen", sagte Michaela Pröstler-Zopf, Leiterin der Betriebsseelsorge und des Fachbereichs "Arbeitswelten und Begegnungsräume" der Diözese Linz, in einer Aussendung am Dienstag. Konkret bietet die Betriebsseelsorge Team- und Einzelberatungen, für arbeitsrechtliche Detailfragen werden Experten vermittelt. "Wir möchten sie unterstützen, aufrecht und mit erhobenem Haupt aus dem Betrieb zu gehen."

"Die Verantwortung für die Schließungen liegt bei den Eigentümern und Konzernmanagern", betonte die Linzer Betriebsseelsorgerin Martha Stollmayer. Kritik übte die Linzer Betriebsseelsorge speziell am verantwortungslosen Umgang mit Eigentum im Zuge der Möbelhaus-Schließung und forderte eine "fundamentale Änderung der Wirtschaftsweise". Gesellschaftliches Zusammenleben funktioniere nur solidarisch und gerecht, was vorrangig "eine faire Verteilung von Chancen und Gütern" erfordere.

"Wenn Eigentum nur mehr der eigenen Bereicherung dient und soziale Verpflichtungen wie finanzielle Belastungen 'der Allgemeinheit'

zugeschoben werden, ist unsere sozialstaatliche Gesellschaft am Ende", mahnte die Betriebsseelsorge-Leiterin Pröstler-Zopf. So sei nicht nur das ökologische Klima am Kippen, sondern auch das soziale Miteinander höchst gefährdet. Zu der aktuellen Schieflage habe u. a. das "neoliberale Wirtschaftssystem der vergangenen Jahrzehnte" geführt.

Was im Kontext des Verkaufes und der Insolvenz der Möbelhäuser Leiner und kika öffentlich werde, sei "ein markantes Beispiel, was Menschen in der Arbeitswelt oftmals erleben müssen: Eigentümerwechsel, Zerschlagungen, Weiterverkauf, Standortschließungen, Jobverlust", meinte Pröstler-Zopf. Außerdem würden die Arbeitnehmenden nicht nur einen Arbeitsplatz verlieren, sondern ernteten auch finanzielle Unsicherheiten sowie Frustration. Überdies müssen die Beschäftigten - mehrheitlich Frauen - den Ansturm bei der Prozenteschlacht bewältigen, "wo oft auch Schnäppchenjäger:innen jeglichen wertschätzenden Umgang vermissen lassen". (Info: www.mensch-arbeit.at)

Katholische Aktion Wien unterstützt Klage gegen Bodenversiegelung

Initiative "Allrise" will mit Gang vor den VfGH Politik zu einer wirkungsvollen Eindämmung des Bodenverbrauchs zwingen

Wien, 20.06.2023 (KAP) Der Bodenverbrauch in Österreich ist weiterhin immens hoch - und benötigt dringend gesetzliche Maßnahmen, um schwerwiegende ökologische und wirtschaftliche Folgen abzuhalten. Das hat die Katholische Aktion der Erzdiözese Wien in einer Aussendung vom Dienstag erklärt und ihre Unterstützung für eine Klage der Initiative "Allrise" gegen die Republik Österreich und das Land Niederösterreich bekannt gegeben. Bei der sogenannten "Staatshaftungsklage" soll die Politik vom Verfassungsgerichtshof gezwungen werden, den Verbrauch von Böden einzudämmen.

Während das aktuelle Regierungsprogramm 2,5 Hektar pro Tag als Zielwert für Bodenversiegelung angibt, schreitet diese laut KA-Angaben mehr als viermal so schnell voran: mit 11,4 Hektar pro Tag, die etwa in "Straßen- oder Parkplatzwüsten oder überdimensionale Gewerbezentren" umgewandelt werden, wie KA-Wien-Präsident Reinhard Bödenauer erklärte. Ließen Bund und Länder das ungebremste "Zubetonieren" von Flächen weiterhin zu, werde Österreich

bis 2030 wohl wegen des Zukaufs von Emissionszertifikaten Zahlungen von vier bis neun Milliarden Euro leisten müssen.

Die hinter der Klage stehende Initiative "Allrise" hat außer den Bund auch das Land Niederösterreich geklagt, da die geplante "Ostumfahrung Wiener Neustadt" besonders als Negativbeispiel hervorsteche. Es handle sich dabei um ein "völlig veraltetes Straßenbauprojekt", bei dem mehreren Bauern aktuell sogar ein Enteignungsverfahren von besten Ackerböden drohe, wird in der Aussendung KA-Wien-Vizepräsidentin Margit Pröglhöf-Piriwe zitiert. Wie es hieß, ist die Katholische Aktion solidarisch mit den Landwirten und unterstützt die Initiative "Vernunft statt Ostumfahrung".

Die Bodenversiegelung ebenso wie auch die Lebensmittelverschwendung werden auch am Donnerstag, 22. Juni, im Zentrum einer Podiumsdiskussion im Wiener Dommuseum stehen, zu dem die KA Wien einlud. Museumsdirektorin Johanna Schwanberg spricht dabei mit Caritas-Direktor Klaus Schwertner und Josef Peck von

LGV Sonnengemüse über gelungene Beispiele zwischen Wirtschaft und Sozialem. Bereits in der Vorwoche hatte am selben Ort bereits ein

"politisches Nachtgebet" zu diesem Thema stattgefunden.

Jugendstudie: Wenig Vertrauen zu Religionsgemeinschaften

Ö3 Jugendstudie 2023 mit rund 40.000 Studien-Teilnehmenden - Nur 5 Prozent vertrauen Religionsgemeinschaften sehr - Politik und Medien schneiden ebenfalls schlecht ab

Wien, 20.06.2023 (KAP) Von rund 40.000 Studienteilnehmenden geben lediglich 5 Prozent an, den Religionsgemeinschaften "sehr zu vertrauen", 19 Prozent vertrauen ziemlich, 35 wenig und 41 Prozent gar nicht: So lautet ein Ergebnis der Ö3 Jugendstudie 2023, in deren Rahmen rund junge Menschen eingeladen wurden, Fragen zu ihren Lebensbereichen zu beantworten, um ein aktuelles Bild ihrer Generation zu zeichnen. Die Glaubwürdigkeitskrise der Religionsgemeinschaften erklärte der katholische Jugendbischof Stephan Turnovszky in der Ö1-Sendung "Religion aktuell" (19.6) damit, dass bereits die Eltern der Jugendlichen keine enge Bindung mehr zur Kirche hätten.

Die jungen Menschen könnten folglich nicht erleben, dass die Religionsgemeinschaft für ihre Eltern etwas Wichtiges sei. "Damit schwindet auch das Vertrauen in die Glaubensgemeinschaften", so die Erklärung Turnovszkys.

Anders der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft Österreich (IGGÖ), Ümit Vural: Für ihn liegt der Grund eher in der aktuellen Lebensrealität der Jugendlichen, die anders "als früher" sei, und in der komplexeren und pluralistischen Welt. Hinzukomme, dass Religion als Privatsache verstanden werde. "Daher auch das andere Geständnis von Religion und Tradition", folgerte Vural. Künftig wolle die IGGÖ die Jugendlichen aber mehr in Organisations- und Gestaltungsarbeiten einbinden.

Einen ähnlichen Ansatz verfolge auch die evangelische Kirche, die eine verpflichtende Jugend-Quote in allen Kirchenämtern eingeführt hat, so Michael Chalupka, Bischof der evangelischen Kirche A.B. Von der Gemeindevertretung bis in die Synode hinauf sollen Jugendliche vertreten sein. Evangelische wie katholische Kirche

setzen zudem auf niederschwellige Angebote wie Festivalseelsorge.

Ein ähnliches Bild zeichnet die Studie auch bei der Frage nach dem Vertrauen in die Politik und die Medien. Besser schneiden Hilfsorganisationen, bei denen 22 Prozent angaben, diesen sehr zu vertrauen, Wissenschaft (44 Prozent) und die Polizei (24 Prozent) ab.

Als Zielgruppe der Ö3-Jugendstudie, einem Projekt des ORF-Radiosenders "Hitradio Ö3", ausgewertet vom Sozialforschungsinstitut SORA, sei gewesen, ein aktuelles Bild der jüngeren Generation zu erlangen, heißt es auf der Website der Erhebung. Für die Studie, die zwischen 17. April und 14. Mai lief, wurde die Zielgruppe der 16- bis 25-Jährigen, die zumindest 90 Prozent der Fragen beantwortet haben, ausgewertet. Parallel dazu lief eine repräsentative Telefon- und Online-Befragung jungen Menschen im Alter von 16 bis 25, die bei den zentralen Indikatoren zu übereinstimmenden Ergebnissen komme, heißt es.

Als Fazit nannten die Studien-Autoren, dass nach Jahren der multiplen Krisenerfahrungen, Unsicherheiten, mangelnden Planbarkeit von Bildungs- und Arbeitskarrieren, des Alltags und generell des Lebens, "die GenZ sehr pragmatisch und bedürfnisorientiert" denke. Daher stünden Sicherheit und Klarheit fürs eigene Leben weit vorn. Folglich bestimme auch der "Traum von einer besseren Welt" nicht das alltägliche Handeln. Dieser Fokus aufs eigene Leben sei aber nicht purer Egoismus, sondern Ergebnis des Erkennens des eigenen Wertes und der eigenen Werte. Zudem gebe es auch "Spielraum für gesamtgesellschaftliche Weiterentwicklung", heißt es.

(Link: <https://www.oe3jugendstudie.at/ergebnisse.php>)

Amstettner Ordensfrau initiiert Öko-Projekte in Perus Anden

Franziskanerin Sr. Karina Beneder schafft mit Hilfe aus Österreich neue Maßstäbe durch Wasserfilteranlage und Plastikrecycling - Einsatz für Nachhaltigkeit als "Teil der Berufung"

St. Pölten, 20.06.2023 (KAP) Der Bau einer Schule in Peru für 500 Kinder auf einer früheren Mülldeponie, in dem es trotz Wüstenklima einen grünen Garten gibt und deren Leitungswasser man trinken kann - wie sonst nirgendwo im Land: Das und viel mehr hat die niederösterreichische Ordensfrau Sr. Karina Beneder (57) bereits initiiert. Die seit eineinhalb Jahren vor Ort in Südamerika wirkende Amstettner Franziskanerin ist derzeit auf Heimatbesuch und warb am Wochenende in Zwettl um Unterstützung für neue Projekte. Besonders setzt sie sich in diesen um die Bewahrung der Schöpfung und einen nachhaltigen Lebensstil ein - was sie als "Teil meiner Berufung" sieht, wie sie am Dienstag im Interview mit der Nachrichtenagentur Kathpress dargelegt hat.

Die Wasserfilteranlage zählt zu den jüngsten Errungenschaften Sr. Beneders. Mit Unterstützung der Hilfswerke Miva und Missio sowie der Initiative "Wir wollen helfen Zwettl" wurde in der Schule Santa Bernadita in der Ortschaft La Union eine solche Anlage errichtet, dank derer die Kinder sauberes Trinkwasser aus dem Wasserhahn erhalten. Äußerst innovativ ist weiters auch ein künftiges Plastik-Recyclingprojekt. An einem noch gesuchten Standort für eine Lagerhalle soll Altplastik gesammelt werden, das dann von einer Maschine zerkleinert und in flüssig gemachtem Zustand durch Gussformen zu neuen Produkten wie etwa Schultische, Blumentöpfe und Lineale gepresst wird. Zur Umsetzung gibt es eine Hilfszusage der Fastenaktion der Diözese St. Pölten, die schon eine Photovoltaikanlage finanziert hat.

Umweltverhalten vermitteln

Besonders geht es der aus Kollmitzberg bei Melk stammenden Ordensfrau darum, mit den Menschen vor Ort positive Verhaltensweisen im Alltag einzuüben, auch was die Umwelt betrifft. Etwa für den Umgang mit Abfall hat Sr. Beneder eine Serie von Hinweistafeln mit einfachen Botschaften entworfen und an etlichen Straßenkreuzungen ihres Einsatzortes aufgestellt. "Danke, dass du keinen Müll aus dem Auto wirfst" ist darauf etwa zu lesen, "Danke, dass du keine Plastikwindeln wegwirfst", oder auch: "Ohne Müll kann man besser atmen". "Ich habe den Menschen ein

Jahr lang zugeschaut und diese Botschaften dann als Reaktion darauf ausgedacht. Mutter Erde spricht darin zu uns", so die Missionarin.

Ein weiteres neues Projekt der Franziskanerin ist eine Baumschule in der Ortschaft San Pedro, mittels derer die Menschen in der weithin baumlosen Gegend das Setzen und Pflegen von Pflanzen erlernen sollen. Auf einem dafür zur Verfügung gestellten Grundstück werden Jungpflanzen wie etwa Eukalyptus und Kiefer großgezogen, die für das raue Andenklima geeignet sind. Sr. Beneder: "Wir geben den Bauern jeweils 100 Bäume, versprechen eine Prämie, wenn diese auch groß werden, und leiten sie an, wie sie vorgehen sollen." Die jungen Pflanzen müssen beispielsweise vor dem Zertrampelt- oder Zerbissenwerden durch Schafe oder Alpakas geschützt werden. Insgesamt 50.000 Bäume beabsichtigt man zu pflanzen, erklärte Beneder.

Klimawandel als Bedrohung

Die Umweltprojekte liegen der 57-jährigen Ordensfrau unter anderem deshalb am Herzen, da die Folgen des Klimawandels in Peru drastisch spürbar sind. Befürchtet wird, dass in der Region heuer im Juli und August das Klimaphänomen "El Niño" zuschlagen wird - mit besonders langen und heftigen Regenfällen, die man in Sr. Beneders Schule mit der Errichtung von Regenrinnen zu begegnen sucht, denn ein funktionierendes Abwassersystem gibt es nicht. Ebenso konnte Beneder u.a. mit ihrer Initiative "Wir wollen helfen Zwettl" oder diversen kirchlichen Hilfswerken schon eine lange Reihe weiterer Hilfsprojekte in Peru umsetzen. In Lima wird derzeit ein "Laudato si"-Haus errichtet, mit dem die Verbindung von Ökologie und Spiritualität auch baulich ein Zuhause bekommen soll.

Damit nicht genug: In Weiterführung der schon lange bestehenden Hilfsbrücke zwischen Österreich und Peru gibt es auch Schülerpatenschaften zu je 50 Euro pro Monat - derzeit laufen 173 von diesen -, die vielen Kindern aus ärmsten Verhältnissen den Schulbesuch ermöglichen. Dasselbe Ziel soll auch mit den 198 Fahrrädern erreicht werden, mit denen das österreichische Hilfswerk "Miva" auf Sr. Karina Beneders Vermittlung Kinder aus entlegenen Dörfern

ausgestattet hat, um damit ihr Transportproblem zur Schule zu lösen. Bis 2025 will die früher als Religions- und Werklehrerin tätige Ordensfrau, die vor zwei Jahren den renommierten Papst-Leo-Preis der Diözese St. Pölten erhielt, noch

weiter in Peru tätig sein und vor Ort die Projekte weiterverfolgen.

(Infos über Sr. Karina Beneders Projekte unter: www.wir-wollen-helfen-zwettl.at, Spenden: IBAN AT54 3299 0000 0006 2158)

Salzburg: Neuer theologischer Studiengang "4C" ist Erfolg

Mehr als 30 Studierende im neuen Studiengang "Christian Culture, Change & Communication"

Salzburg, 20.06.2023 (KAP) Er ist erst ein Semester "alt" und kann schon als Erfolgsgeschichte verbucht werden: Der neue Salzburger Studiengang "Christian Culture, Change & Communication" - kurz "4C". Mehr als 30 Studierende haben sich für diesen Studiengang an der Katholisch-Theologischen Fakultät entschieden, in dem Theologie, Betriebswirtschaftslehre und Kommunikationswissenschaften zusammenfließen. Das berichtet die Salzburger Kirchenzeitung "Rupertusblatt" in ihrer aktuellen Ausgabe unter Berufung auf den Leiter des sechssemestrigen Bachelor-Studiengangs, den Salzburger Liturgiewissenschaftler Alexander Zerfaß.

Aufgrund der weiter fallenden Studierendenzahlen im Bereich der klassischen Fachtheologie würden viele Fakultäten neue Studiengänge oder Schwerpunkte entwickeln. "Aber unsere Mischung von Theologie mit BWL und Kommunikationswissenschaften gibt es sonst nirgends. Vielleicht finden wir Nachahmer, aber natürlich wünschen wir uns diese Idee eine Zeit lang als Alleinstellungsmerkmal", so Zerfaß.

Neben der Theologie stehen Kompetenzen in den Bereichen Management und Kommunikation im Mittelpunkt des Studiengangs. Zwei Pflichtpraktika vertiefen die pastoralen Erfahrungen und den Umgang mit Medien. Zusätzlich wurden eigens für diesen Studiengang neue Lehrveranstaltungen entwickelt, in denen man sich mit kirchlichen Aufbrüchen in der Geschichte und den Möglichkeiten der missionarischen Pastoral auseinandersetzt.

Auch sonst bemühe sich die Fakultät um die Modernisierung ihrer Studienangebote, um somit auf die Bedürfnisse heutiger Studierender besser eingehen zu können. Schließlich wirke sich neben prinzipiell geburtenschwächeren Jahrgängen wohl auch die zunehmende Kirchenferne und eine Scheu vor den "Alten Sprachen" (Latein, Alt-Griechisch, Hebräisch) auf die sinkenden Anmeldezahlen in der Fachtheologie aus.

Zurückgewiesen wurde von Zerfaß in dem Zusammenhang erneut ein Bericht des "Standard" aus dem Februar, in dem neben einer großen Nähe des Studiengangs zur "Loretto"-Bewegung auch eine finanzielle Bezuschussung durch die Erzdiözese Salzburg kritisiert wurde. Dass durch diese Unterstützung eine Abhängigkeit entstehe bzw. die Unabhängigkeit und Professionalität der Lehre infrage gestellt werde, sei "völlig weltfremd" und entbehre jeder Grundlage, betonte im "Rupertusblatt" auch der Dekan der Fakultät, Michael Zichy.

Im Gespräch mit Kathpress hatte Zichy im vergangenen Oktober zudem auf die bleibende gesellschaftliche Relevanz theologischer Studiengänge und Fakultäten insgesamt verwiesen: "Theologische Fakultäten halten den Glauben im Dialog mit den Wissenschaften, sie halten ihn auf der Höhe der Zeit und anschlussfähig an die Gesellschaft und sie sind damit ein Bollwerk gegen religiöse Primitivisierung, gegen religiöse Radikalisierung, gegen religiöse Fundamentalisierung und gegen die politische Instrumentalisierung von Religion, so wie wir sie gerade eben in Russland beobachten können."

Kirchliche Pädagogische Hochschule Wien/Krems ist UNESCO-Schule

KPH-Rektor Weber bei Zertifizierungsfeier: "UNESCO-Bildungswerte wie ein integrativer Erziehungsstil, die Wertschätzung von Verschiedenheit und das Einüben von Demokratie zählen zu den Grundprinzipien der KPH"

Wien, 20.06.2023 (KAP) Nach zweijähriger Anwartschaft wurde die Kirchliche Pädagogische Hochschule Wien/Krems (KPH) in das "UNESCO Associated Schools Project Network" aufgenommen. Das teilte die KPH am Dienstag in einer Aussendung mit. Im Rahmen der Zertifizierungsfeier im Festsaal am Campus Wien Strebersdorf betonte demnach Rektor Hubert Philipp Weber am Montag die Bedeutung der Aufnahme für die KPH: "UNESCO-Bildungswerte wie ein integrativer Erziehungsstil, die Wertschätzung von Verschiedenheit und das Einüben von Demokratie zählen zu den Grundprinzipien der KPH." Es sei daher eine große Ehre für die KPH, von der UNESCO gewürdigt und in das Network aufgenommen zu werden.

Zugleich liege darin eine große Verantwortung, so Weber: "Im Sinne der UNESCO gilt unser Fokus verstärkt der nachhaltigen Entwicklung. In der Bildung angehender Pädagoginnen und Pädagogen liegt der Schlüssel zu einer nachhaltigen und gerechten Welt für künftige Generationen." Das globale UNESCO-Programm "Bildung für nachhaltige Entwicklung: die globalen Nachhaltigkeitsziele verwirklichen (BNE 2030)" hat zum Ziel, die Welt in den nächsten Jahren gerechter und nachhaltiger zu gestalten.

Einen wesentlichen Beitrag zum Erreichen klar definierter Nachhaltigkeitsziele müssen auch Religionen leisten, wie in den Impulsvorträgen im Rahmen des Festakts klar wurde: Claudia Gärtner etwa, stellvertretende Leiterin des Instituts für Katholische Theologie an der

Technischen Universität Dortmund, führte aus, wie Religionen das menschliche Verständnis von Mensch, Tier und Natur prägen. Insbesondere der Anthropozentrismus des Christentums habe dazu beigetragen, dass sich die Menschheit auf einem "Highway zur Klimahölle" (A. Guterres) befinde. Sie appellierte daher an Religionen, diesen fatalen Weg zu verlassen und sich im Sinne des UNESCO-Programms für eine nachhaltigere und gerechtere Zukunft einzusetzen.

Matthias Barth, Präsident der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, forderte in seinem Impulsvortrag ein, den globalen Nachhaltigkeitszielen der UNESCO einen höheren Stellenwert in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften zukommen zu lassen. An Beispielen gelungener Praxis zeigt er das damit verbundene Potenzial auf.

Das Netzwerk der UNESCO Associated Schools verbindet mehr als 12.000 Schulen in 182 Ländern mit dem gemeinsamen Ziel, den Frieden im Bewusstsein von Kindern und jungen Menschen aufzubauen. Durch konkrete Maßnahmen fördern Mitgliedsschulen die Ideale der UNESCO, wie die Achtung von Rechten und Würde, Geschlechtergleichstellung, sozialen Fortschritt, Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie, Respekt vor Vielfalt und internationale Solidarität. Das Netzwerk agiert auf internationaler und nationaler Ebene mit drei klaren Schwerpunkten: Bildung für nachhaltige Entwicklung, globale Bürgerschaftserziehung sowie interkulturelles und kulturelles Erbe.

Stift Göttweig Schauplatz von hochrangigem Politikertreffen

Italienische Premierministerin Meloni, bulgarischer Präsident Radew und Bundeskanzler Nehammer beim "Europa-Forum Wachau"

St. Pölten, 20.06.2023 (KAP) Das Benediktinerstift Göttweig in der Wachau ist von Donnerstag bis Samstag Schauplatz eines hochrangigen Politikertreffens: Das "Europa-Forum Wachau" findet dort und im nahen Krems statt, u.a. mit Italiens Premierministerin Giorgia Meloni, dem bulgarischen Präsidenten Rumen Radew und Bundes-

kanzler Karl Nehammer als Gastgeber. Im Mittelpunkt des Austauschs wenige Tage vor dem Europäischen Rat stehen dabei die Belastbarkeit, Umweltfreundlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Strukturen im Mittelpunkt, ist dem Programm zu entnehmen, und auch der

Umgang mit illegaler Migration dürfte laut Medienberichten Thema sein.

Eröffnet wird das Treffen von Martin Eichinger, Präsident des Europa Forum Wachau, sowie Serbiens Justizministerin Maja Popovic. Am Freitag stehen Beiträge von Stiftsabt Columban Luser, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, des EU-Parlaments-Vizepräsidenten Othmar Karas und der Bundesminister Martin Polaschek, Alexander Schallenberg und Karoline Edtstadler an, am Samstag von EU-Kommissar Johannes Hahn und Bundeskanzler Karl Nehammer. Als internationale Gäste sind neben Meloni auch die Außenminister von Kroatien (Gordan Grlic Radman), Tschechien (Jan Lipavsky) und der Slowakei (Miroslav Wlachovsky) angekündigt, weiters die EU-Minister von Finnland (Tytti Tuppurainen) und Irland (Peter Burke) sowie die Schweizer Bildungs-Staatssekretärin Martina Hirayama.

Die diesjährige 27. Auflage des Europa-Forums steht unter dem Motto "Building a Resilient,

Green and Competitive Europe" ("Ein belastbares, grünes und wettbewerbsfähiges Europa schaffen"), was sich außerdem in zahlreichen Talkrunden mit international renommierten Fachleuten und Funktionären widerspiegelt. Themenschwerpunkte liegen heuer auf dem Einsatz von Telemedizin, der Entwicklung von Wasserstoff als Energieträger und dem digitalen Wandel.

Stift Göttweig liegt auf einem Hügel am gegenüberliegenden Donauufer von Krems. Das 1083 gegründete, in heutiger Form 1718 errichtete Barockkloster mit seiner imposanten, von Weitem sichtbaren Front und romanischer Kirche wurde im Jahr 2000 als Teil der "Kulturlandschaft Wachau mit den Stiften Melk und Göttweig und der Altstadt von Krems" in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufgenommen. Aufgrund seiner Lage wird das Stift auch als österreichisches Montecassino bezeichnet. Der Abtei gehören derzeit 37 Mönche an, die vor allem in der Pfarrseelsorge tätig sind.

V A T I K A N & R O M

Vatikan-Papier stellt mehr Teilhabe in der Kirche in Aussicht

"Instrumentum laboris" (Arbeitspapier) für Bischofssynode im Oktober veröffentlicht

Vatikanstadt, 20.06.2023 (KAP) In der katholischen Kirche könnten bald mehr Menschen mitbestimmen als bisher. Das am Dienstag im Vatikan veröffentlichte Arbeitspapier für die vom 4. bis 29. Oktober in Rom stattfindende Bischofssynode im Rahmen der seit 2021 laufenden Weltsynode der Kirche stellt zahlreiche Teilhabemöglichkeiten auch für ungeweihte Gläubige zur Diskussion.

Das gilt insbesondere für Frauen. Neben dem Zugang zum Amt einer Diakonin geht das Papier thematisch auf eine mögliche stärkere Beteiligung von Frauen in Leitung und Mitverantwortung der Kirche ein. Erwogen wird zudem eine bessere Einbindung von Kirchenmitgliedern etwa durch neue Ämter auf lokaler Ebene. Über Ausnahmen bei der Ehelosigkeit von Priestern in bestimmten Fällen soll dem Papier zufolge ebenfalls diskutiert werden.

Die Aufnahme und Mitwirkung möglichst vieler Mitglieder steht in dem sogenannten "Instrumentum laboris" im Mittelpunkt. Willkommen sein sollen auch wiederverheiratete

Geschiedene, queere Menschen sowie solche, die in Viehlen leben. Gleiches gilt für Gläubige, die sich aufgrund von Hautfarbe, Herkunft oder Behinderung weniger wichtig oder erwünscht fühlen. Mit einer erneuerten Sprache - in Liturgie, Predigt, Kunst und Kommunikation in allen Medien - soll die Kirche zugänglicher und attraktiver werden.

Statt Macht und Kontrolle soll bei Amtsträgern eine Haltung des Dienens gefördert, eine Atmosphäre der Transparenz, Ermutigung, Inklusion und Zusammenarbeit geschaffen werden. Das gilt ebenso für Bischöfe. Für sie dürfte die vorgeschlagene Dezentralisierung der Kirche von besonderer Bedeutung sein - mehr Verantwortung in regionaler und nationaler Kirche, weniger beim Papst. Dieser synodale Prozess soll das Verständnis von Autorität verändern - bis hin zu einer möglichen kirchenrechtlichen Anpassung.

Im von Papst Franziskus ausgerufenen weltweiten Synodalen Prozess berät die katholische Kirche seit bald zwei Jahren über neue Wege der Mitbestimmung und ihre Umgestaltung zu

einer "synodal verfassten Kirche". Im Arbeitspapier sind nun auf 71 Seiten viele Impulse von Gläubigen weltweit enthalten.

Vorbereitet wurde das Papier in verschiedenen Phasen auf unterschiedlichen Ebenen zunächst in den Diözesen und Ortskirchen sowie in kontinentalen Beratungen. Themen wie Missbrauch durch kirchliche Amtsträger sowie Armut, Klimawandel, Migration sollen bei einem Treffen im Oktober im Vatikan vertieft und für eine weitere Diskussion vorbereitet werden.

Das finale Arbeitspapier legt zunächst in zwei Abschnitten Eigenschaften und Unterscheidungsmerkmale einer synodalen Kirche dar und entfaltet drei prioritären Fragestellungen, die sich in der weltweiten synodalen Phase auf allen Kontinenten am stärksten herauskristallisiert haben und der Vollversammlung der Bischofssynode "zur Unterscheidung vorgelegt" werden sollen.

Mehr als die Hälfte des Umfangs des "Instrumentum laboris" besteht danach aus 15 Arbeitsblättern für die Synodalversammlung mit konkreten Fragestellungen zu jenen "Herausforderungen, an denen sich die gesamte Kirche

messen lassen muss, um einen Schritt nach vorne zu machen und in ihrer eigenen Synodalität auf allen Ebenen und aus einer Vielzahl von Perspektiven heraus zu wachsen", wie es im Papier heißt. Die Arbeitsblätter sind demnach eine Art Leitfaden für Gebet und persönliche Reflexion und stellen Grundlagen-Module des synodalen Austausches bei der Synodenversammlung im kommenden Oktober dar.

Ziel sei die Ausarbeitung von "Wegen, auf denen wir gemeinsam weitergehen können", wird festgehalten. Die für Oktober 2024 terminierte zweite Versammlung der Bischofssynode soll dann konkrete Vorschläge für den Papst herausarbeiten. Der entscheidet über das weitere Vorgehen, üblicherweise zusammengefasst in einem sogenannten nachsynodalen Schreiben.

("Instrumentum laboris" in deutscher Übersetzung zum Download als PDF-Dokument auf der Website der Deutschen Bischofskonferenz: https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2023/2023-Instrumentum-laboris-TED.pdf ; Website der Bischofssynode: www.synod.va)

"Wie ein Kochbuch": Vatikan stellt Weltsynoden-Papier vor

Synodensekretariat-Leiter Kardinal Grech und Synoden-Generalrelator Hollerich betonen: "Instrumentum laboris" für kommende Bischofssynode ist ein Dokument der gesamten Kirche - 370 Teilnehmende im Oktober in Rom erwartet

Vatikanstadt, 20.06.2023 (KAP) Der Vatikan hat das Arbeitspapier für die kommende Etappe der Weltsynode vorgestellt. In dem sogenannten "Instrumentum laboris" für die im Oktober in Rom tagende Bischofssynode fehle keine Stimme, sagte der Leiter des vatikanischen Synodensekretariats, Kardinal Mario Grech, bei der entsprechenden Pressekonferenz am Dienstag. Nicht der Vatikan sei der Autor, sondern alle Gläubigen. Es sei ein Dokument der gesamten Kirche.

Der Inhalte-Koordinator der Synode, Kardinal Jean-Claude Hollerich, nannte das Papier ein Ergebnis des synodalen Prozesses auf allen Ebenen. Es gebe keine Antworten, sondern stelle Fragen. Auf diese können die Teilnehmenden der Weltsynode antworten, sie könnten auch Fragen auswählen und andere nicht behandeln. Das in deutscher Übersetzung 71-seitige Arbeitspapier stellt viele Themen zur Diskussion. Dazu zählen etwa das Diakonat der Frau, Ämter für un-

geweihte Katholikinnen und Katholiken, die Priesterweihe für verheiratete Männer.

Der Umgang mit erneut verheirateten Geschiedenen, queeren Kirchenmitgliedern und solchen, die in einer Vielehe leben, wird ebenfalls zur Debatte vorgeschlagen. "Wir wollen Räume schaffen, um jeden Willkommen zu heißen. Die Zeiten als wir über Menschen geurteilt haben, sind vorbei. Wir sollten das Gott überlassen", sagte Kardinal Grech dazu. Eine progressive Agenda verträten die Verantwortlichen nicht, fügte Hollerich hinzu. Was in dem Dokument stehe, sei "von den Menschen gekommen".

Klerikalismus, Autorität und Machtverteilung bis hin zur Rolle des Papstes sind ebenfalls Gegenstand des neuen Papiers. Dazu betonte Kardinal Grech noch einmal die Rolle des "Volk Gottes". Dieses zu unterschätzen empfinde er als schwere Beleidigung. In den vergangenen zwei Jahren sei er Bischöfen begegnet, die zuvor

skeptisch waren, aber durch den engeren Kontakt mit ihren Gläubigen einen unschätzbaren Schatz gefunden hätten.

Die Entstehung des vom Papst bestätigten Arbeits-Textes verglich Hollerich mit einem Kochbuch. Die Chefköche erhielten das Buch zusammen mit einigen Zutaten und der Aufgabe, die verschiedenen Zutaten so zusammenzustellen, dass es jedem schmecke. "Eine unmögliche Aufgabe, könnte man meinen", so der Luxemburger Erzbischof. Wenn nicht im Hintergrund der Heilige Geist dazu anleite, eine neue Harmonie der Zutaten zu finden.

Unter den Vertretern der Synode war auch die Schweizerin Helena Jeppesen-Spuhler. Sie nahm am synodalen Prozess in ihrem Heimatland sowie an der kontinentalen Phase für Europa teil. Im Vatikan gab sie einen Einblick in die synodalen Instrumente, die seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil in der Schweiz eingeführt worden waren. Neben Verantwortung von Laiinnen und Laien etwa im finanziell-

administrativen Bereich, erinnerte sie an die Versammlungen auf Gemeinde-, Kantons-, Diözesan- und nationaler Ebene, sowie an die gewählten Pastoralräte. So sei es auch wichtig, dass die Schweizer Delegierten sich bei der Weltsynode nicht selbst verträten, sondern alle Kirchenmitglieder des Landes, so Jeppesen-Spuhler.

Neben Informationen zur Entstehung des Dokuments gaben die Vertreter des Synodensekretariats auch Details zur praktischen Umsetzung der Weltsynode bekannt. So werden 370 Teilnehmende im Oktober in Rom erwartet. Aufgrund ihrer Vielzahl wird die Synode nicht wie gewohnt in der Synodenaula, sondern in der großen Audienzhalle im Vatikan tagen. In einer Mischung aus Plenarsitzungen und Gruppenarbeit sollen konkrete Vorschläge für das Wachstum als synodale Kirche erarbeitet und dem Papst nach der zweiten Sitzung im Oktober 2024 unterbreitet werden.

Frauen, LGBTQ+, Zölibat: Vatikan packt "heiße Eisen" an

Das mit Spannung erwartete Arbeitspapier für die Weltbischofssynode im Oktober ist da - Unerwartet themenhaltig ist das Dokument, über das bald Geistliche und ungeweihte Kirchenmitglieder in Rom diskutieren werden - Von Kathpress-Rom-Korrespondentin Severina Bartonitschek

Vatikanstadt, 20.06.2023 (KAP) Die katholische Kirche will offener und attraktiver werden. Die im Oktober in Rom stattfindende Bischofssynode im Rahmen des mehrjährigen, von Papst Franziskus für die Kirche ausgerufenen weltweiten Prozesses für eine synodaler Kirche soll Themen aus der Lebensrealität vieler ihrer rund 1,4 Milliarden Mitglieder behandeln. Am Dienstag veröffentlichte der Vatikan das entsprechende Arbeitspapier, das sogenannte "Instrumentum laboris". Es enthält keine konkreten Beschlussvorlagen, sondern benennt Fragen zur Orientierung der Debatte. Erstmals werden darüber geweihte, wie ungeweihte Gläubige mit gleichem Stimmrecht im Vatikan beraten. Bislang war die Mitbestimmung bei Weltbischofssynoden nur für Bischöfe und Ordensobere möglich.

Ein Novum ist auch die in den Leitfragen zur Synode angeregte Diskussion um einen möglichen Zugang zum Amt einer Diakonin, also zum untersten Weihegrad vor der Priester- und Bischofsweihe. Ferner soll über eine stärkere

Beteiligung von Frauen in Leitungs- und Verantwortungspositionen gesprochen werden. Gleiches gilt für die Teilhabe von ungeweihten Kirchenmitgliedern und mögliche neue Ämter - auch auf lokaler Ebene.

Die bereits bestehenden Ämter könnten, das deuten die Fragen an, eine Überarbeitung erfahren; dazu gehören auch mögliche Ausnahmen für die Ehelosigkeit bei Priestern. Die Gründe: Zum einen äußerten viele Gläubige ihre Besorgnis über die Einsamkeit von Priestern, zum anderen gibt es Regionen mit nur sehr wenigen Amtsträgern. Eine Lösung könnte die Priesterweihe für verheiratete Männer sein, oder die Übernahme einer Gemeinde durch ungeweihte Katholiken. Auch darüber soll laut dem Arbeitspapier gesprochen werden. Schließlich soll die Ausbildung von angehenden Geistlichen verändert werden, um dem Klerikalismus Einhalt zu gebieten.

Statt Macht und Kontrolle soll bei Amtsträgern insgesamt eine Haltung des Dienens gefördert, eine Atmosphäre der Transparenz,

Ermütigung, Inklusion und Zusammenarbeit geschaffen werden. Das gilt auch und insbesondere für Bischöfe. Für sie dürfte die vorgeschlagene Dezentralisierung der katholischen Kirche von besonderer Bedeutung sein - mehr Verantwortung in regionaler und nationaler Kirche vor Ort, weniger beim Papst. Der synodale Prozess soll das Verständnis von Autorität verändern - bis hin zu einer möglichen kirchenrechtlichen Anpassung für mehr Teilhabe.

Offenheit für viele Kirchenmitglieder

Die Offenheit für möglichst viele Kirchenmitglieder steht im "Instrumentum laboris" im Mittelpunkt. Wiederverheiratete Geschiedene sollen ebenso willkommen sein wie queere Menschen sowie solche, die, etwa in Afrika, in Vielehe leben. Gleiches gilt für Gläubige, die sich aufgrund von Hautfarbe, Herkunft oder Behinderung weniger wichtig oder erwünscht fühlen. Mit einer erneuerten Sprache - in Liturgie, Predigt, Kunst und Kommunikation in allen Medien - soll die Kirche zugänglicher und attraktiver werden.

Das Thema Missbrauch durch kirchliche Amts- oder Funktionsträger behandelt das 71-seitige Dokument in verschiedenen Kapiteln. Dabei geht es um die Frage nach konkreten Schritten, um den Opfern und Überlebenden Gerechtigkeit

zuzukommen zu lassen. Neben sexuellem Missbrauch spielt explizit auch spiritueller, finanzieller, Macht- und Gewissensmissbrauch eine Rolle. Weitere Themen sind unter anderen Armut, Klimawandel, Migration, Frieden und Versöhnung sowie die Teilhabe von jungen und älteren Menschen in der christlichen Gemeinschaft. Auch die Vertiefung des Dialogs mit anderen Christen und Religionen soll besprochen werden.

Nach zwei Jahren mit lokalen und kontinentalen Beratungen folgen nun zwei Bischofssynoden auf weltkirchlicher Ebene in Rom. Die Versammlung im kommenden Oktober soll vor allem die vorgeschlagenen Themen vertiefen und für eine weitere Behandlung vorbereiten. Auch eine sinnvolle Methodik soll herausgearbeitet werden. Dazu kommen die Teilnehmenden in Gruppenarbeit und zu Diskussionen im Plenum zusammen.

Ziel sei die Ausarbeitung von "Wegen, auf denen wir gemeinsam weitergehen können", wird im Arbeitspapier festgehalten. Bei der für Oktober 2024 terminierten zweiten Versammlung der Bischofssynode soll dann konkrete Vorschläge für den Papst erarbeitet werden, auf deren Grundlage er anschließend Beschlüsse fassen kann. Das macht er üblicherweise in einem sogenannten nachsynodalen Schreiben.

Papst Franziskus hat Kubas Präsidenten Diaz-Canel empfangen

Über Gesprächsinhalte wurde zunächst nichts bekannt - Ein Thema könnten die politischen Gefangenen in Kuba gewesen sein

Vatikanstadt, 20.06.2023 (KAP) Der kubanische Staatspräsident Miguel Diaz-Canel ist am Dienstag von Papst Franziskus im Vatikan empfangen worden. Das geht aus einer Mitteilung des vatikanischen Presseamts hervor. Worüber der Präsident und das Kirchenoberhaupt sprachen, wurde zunächst nicht bekannt.

Im Anschluss sprach Diaz-Canel laut Vatikan mit dem vatikanischen Chefdiplomaten Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin und dem Kurienbeamten Daniel Pacho, Untersekretär im vatikanischen Außenamt, über die diplomatischen Beziehungen. Neben der Lage auf Kuba und örtlichen Hilfsangeboten der Kirche, etwa über die Caritas, sei es auch um "einige internationale Themen von beiderseitigem Interesse" gegangen.

Zuvor war spekuliert worden, der Papst könnte mit Diaz-Canel über den Ukraine-Krieg

sprechen. Franziskus will zwischen Moskau und Kiew vermitteln; Diaz-Canel verfügt über gute Verbindungen zu Russlands Präsident Wladimir Putin.

Auch die politischen Gefangenen auf Kuba könnten Gesprächsthema gewesen sein. Bei Protesten 2021 hatten Tausende Menschen eine demokratische Öffnung des Ein-Parteien-Systems auf der Karibikinsel gefordert. Zahlreiche Regierungskritiker und Demonstrierende wurden damals verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Franziskus hatte sich im Februar über einen Gesandten für deren Freilassung ausgesprochen.

"Offenes Gespräch" mit dem Papst

Nach seiner Audienz bei Papst Franziskus am Dienstag hat sich der kubanische Staatspräsident Miguel Diaz-Canel auf Twitter über das "offene

Gespräch" geäußert. Es habe weitgehende Übereinstimmung "bei drängenden Fragen der internationalen Agenda für die Menschheit" gegeben, schrieb der Präsident, ohne das Thema Ukraine-Krieg ausdrücklich zu erwähnen. Der Papst hat eine Friedensmission für die Ukraine ins Leben gerufen und will zwischen Moskau und Kiew vermitteln; Diaz-Canel verfügt über gute Verbindungen zu Russlands Präsident Wladimir Putin.

Der Staatschef übermittelte Franziskus zudem die Genesungswünsche des kubanischen Volkes. Vergangenen Freitag war das Kirchenoberhaupt nach einer Darm-Operation aus dem Krankenhaus entlassen worden.

Vor dem Treffen im Vatikan kritisierte eine Handvoll Demonstrierender in Rom die Begegnung von Papst und Diaz-Canel. "Es reicht mit der Diktatur, es reicht mit der Unterdrückung", sagte einer von ihnen Dienstagfrüh bei einer Protestaktion in Vatikannähe.

Die Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Kuba waren zeitweise schwierig.

Während der Kubanischen Revolution in den 1950er Jahren verfolgte die Regierung in Havanna gezielt Kirchenvertreter. Entspannung brachte eine Kuba-Reise von Papst Johannes Paul II. im Jahr 1998, der dazu aufrief: "Möge Kuba sich der Welt öffnen und die Welt sich öffnen für Kuba." 2016 ermöglichte die kubanische Regierung die historisch einmalige Begegnung von Papst Franziskus und dem russisch-orthodoxen Patriarchen Kyrill I. in Havanna.

Die Karibikinsel erlebt seit Monaten eine schwere Versorgungskrise. Die offiziell verbotene Opposition macht das sozialistische Wirtschaftssystem und Korruption für die Mangellage verantwortlich. Die kubanische Regierung dagegen erklärt, das jahrzehntelange US-Handelsembargo habe die Wirtschaftskrise ausgelöst. Seit den Sozialprotesten 2021 haben mehr als 300.000 überwiegend junge Menschen die Karibikinsel verlassen.

A U S L A N D

Deutsche Bischöfe uneins über Fortsetzung von Reformdebatte

Vier Bischöfe votieren gegen Finanzierung des vom "Synodalen Weg" geplanten "Synodalen Ausschusses" über den Verband der Diözesen Deutschlands

Bonn, 20.06.2023 (KAP/KNA) Die deutschen katholischen Bischöfe sind uneins über die Fortsetzung des Reformprojekts "Synodaler Weg" der katholischen Kirche in Deutschland. Wie die Bischofskonferenz (DBK) am Dienstag mitteilte, sprachen sich 4 der 27 Diözesanbischöfe bei einer Sitzung des Ständigen Rates in Berlin gegen die weitere Finanzierung des Vorhabens über den Verband der Diözesen Deutschlands (VDD) aus. Weil die Mittelvergabe über den VDD einstimmig erfolgen muss, müssten für den geplanten Synodalen Ausschuss alternative Finanzierungsmodelle gesucht werden, erklärte die DBK. Die erste Sitzung des Synodalen Ausschusses solle aber, wie vorgesehen, am 10. und 11. November 2023 stattfinden.

Bei den vier Bischöfen handelt es sich um Gregor Maria Hanke (Eichstätt), Stefan Oster (Passau), Rudolf Vorderholzer (Regensburg) und Kardinal Rainer Maria Woelki (Köln). Das Ansinnen, jetzt schon einen Synodalen Ausschuss in Deutschland zu organisieren, der dann einen

Synodalen Rat einrichten soll, stehe gegen die klare Weisung von Papst Franziskus. "Daher können wir diesen Schritt zum jetzigen Zeitpunkt nicht mitgehen", so die vier Bischöfe. Es sei "nicht unwahrscheinlich, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt mit viel Geld und Aufwand ein weiteres Gremium einrichten würden, dessen Kompetenzen alles andere als klar sind - um am Ende festzustellen, dass wir es so nicht machen können", so ihr Fazit.

Die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Irme Stetter-Karp, betonte dagegen: "Die heute aus dem Ständigen Rat der Deutschen Bischofskonferenz bekanntgegebene Tatsache, dass vier Bischöfe den weiteren Gang nicht mitfinanzieren möchten, kann uns von Reformen nicht abhalten."

Im "Synodalen Weg" hatten Bischöfe und Laien in Deutschland seit Dezember 2019 als Konsequenz aus den Missbrauchsskandalen über Reformen gesprochen. Es ging um mehr Kontrolle

bischöflicher Macht, Frauenrechte und einen angemessenen Umgang mit der Vielfalt geschlechtlicher Identitäten. Der Reformprozess soll über einen Zwischenschritt in Gestalt eines Synodalen Ausschusses 2026 in einen dauerhaften Synodalen Rat münden. In diesem Gremium sollen Bischöfe und Laien gemeinsam beraten und entscheiden.

Die vier Bischöfe, die nicht mitmachen, wollen zunächst die Ergebnisse der aktuellen Weltsynode der katholischen Kirche mit den

Versammlungen der Bischofsynode im Oktober 2023 und Oktober 2024 im Vatikan abwarten. Die bereits beschlossenen Texte des deutschen "Synodalen Weges" sollten ins Gespräch mit Rom und in den vom Papst initiierten Synodalen Prozess der Weltkirche eingebracht werden. So sei es auch beim Ad-limina-Besuch der deutschen Bischöfe in Rom im November vergangenen Jahres vereinbart worden. Die Einrichtung eines neuen Gremiums sei dabei zu keiner Zeit zur Debatte gestanden.

Gericht in Bayern sieht Kirche in Haftung für Missbrauch

Am Landgericht Traunstein hat der Schadenersatzprozess eines Missbrauchsoffiziers begonnen

München, 20.06.2023 (KAP/KNA) Nach mehrmonatiger Verzögerung hat vor dem Landgericht im bayerischen Traunstein der zweite Schadenersatzprozess eines Missbrauchsoffiziers gegen die katholische Kirche in Deutschland begonnen. Einen Haftungsanspruch gegen die Erzdiözese München und Freising sehe sie grundsätzlich als gegeben an, sagte die Vorsitzende Richterin in einer vorläufigen Rechtsauffassung bei einer letztlich gescheiterten Güteverhandlung am Dienstag. Als Anstellungskörperschaft sei die Kirche verantwortlich zu machen für den Schaden aus der "unstreitigen Missbrauchshandlung" des Pfarrers im Sommer 1995 oder 1996. Insofern bestehe gegen sie auch ein Anspruch auf Schmerzensgeld. Geklärt werden müsse nun, wie hoch dieser sei, sagte die Richterin.

Ein 39-jähriger Mann aus Oberbayern will für eine an ihm verübte Missbrauchstat seines damaligen Pfarrers 300.000 Euro Schmerzensgeld von der Erzdiözese sowie 50.000 Euro von den Erben des früheren Papstes Benedikt XVI. Letzterem wird vorgeworfen, er habe als Münchner Erzbischof Joseph Ratzinger (1977-1982) dem weiteren Einsatz des Missbrauchstäters zugestimmt, obwohl er von früheren Taten gewusst habe. Die noch zu Lebzeiten des zu Silvester verstorbenen emeritierten Papstes eingebrachte Klage gegen Benedikt XVI. wurde zuletzt vom gesamten Verfahren abgetrennt. Der Grund: Bisher ist unklar, ob jemand das Erbe des Verstorbenen antritt.

Eine weitere Klage gegen den früheren Münchner Erzbischof Friedrich Wetter (95) zog der Kläger kurzfristig zurück. Der ebenfalls beklagte Täter blieb der Verhandlung trotz Ladung

fern und ließ sich durch seinen Anwalt vertreten. Der Verhandlungsbeginn wurde von Demonstrationen begleitet. Die "Initiative Sauerberg" und die katholische Reformgruppe "Maria 2.0" stellten sich in vollem Umfang hinter die Forderungen des Klägers.

Die stellvertretende Präsidentin des Landgerichts Traunstein, Andrea Titz, gab nach dem ersten Verhandlungstag die Einschätzung ab, dass in dem Schadenersatzprozess bis Jahresende mit keinem Urteil zu rechnen ist. Am 14. Juli wird das Gericht einen Beweisbeschluss verkünden.

Der Anwalt der Erzdiözese sagte bei der Verhandlung am Dienstag, die Kirche sei grundsätzlich bereit, für den Schaden aufzukommen. Für eine Bewertung reiche der bisherige Vortrag des Klägers aber nicht aus. Auch das Gericht gab mangels einer solchen Grundlage keine Hinweise, welche Summe angemessen sein könnte.

In dem Beweisverfahren wird es zunächst darum gehen, welche Wendungen das Leben des Klägers nach dem Missbrauch nahm, den er als Ministrant als Jugendlicher Mitte der 1990er-Jahre im Pfarrhaus von Garching an der Alz erlitt. In einem zweiten Schritt wird zu klären sein, inwiefern etwaige Brüche in seinem Leben wie etwa eine Alkohol- und Drogensucht ursächlich auf den Missbrauch zurückzuführen sind.

In einem deutschlandweit ersten Fall dieser Art war vor einer Woche die Erzdiözese Köln verurteilt worden. Sie soll 300.000 Euro Schmerzensgeld an einen Missbrauchsopfer für jahrelang erlittene vielfache Vergewaltigungen durch einen Priester zahlen. Die Entscheidung ist aber nicht rechtskräftig.

Neue Leitung für Europa-Kirchendachverband KEK

Griechisch-orthodoxer Erzbischof Nikitas (Loulias) zum Präsidenten der Konferenz Europäischer Kirchen gewählt - Ökumenischer Patriarch Bartholomaios hält bei KEK-Vollversammlung in Tallinn Plädoyer für Wiederbelebung des christlichen Europas

Tallinn/Brüssel/Wien, 20.06.2023 (KAP) Neuer Präsident der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK/CEC) ist der griechisch-orthodoxe Erzbischof von Thyateira und Großbritannien, Nikitas (Loulias). Der 67-Jährige, der auch Ko-Vorsitzender des Europäischen Katholisch-Orthodoxen Forums ist, folgt damit auf den französischen reformierten Pfarrer Christian Krieger, wie der Europa-Kirchendachverband mitteilte. Die Neuwahl erfolgte bei der am Dienstag zu Ende gehenden sechstägigen KEK-Vollversammlung in Tallinn in Estland. Zu Vizepräsidenten wurden die anglikanische Bischöfin von Huntingdon in England, Dagmar Winter, und Pfarrer Frank Kopania von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gewählt. Kopania ist Leiter der Abteilung Auslandsarbeit der EKD. Die Amtsdauer der neuen Funktionsträger beträgt fünf Jahre.

Der neue KEK-Präsident plädierte in der Ansprache nach seiner Wahl eindringlich für noch mehr ökumenische Zusammenarbeit. "Das Wichtigste ist, dass ich Brücken und Beziehungen aufbauen möchte", sagte Nikitas.

Der Erzbischof stammt aus dem US-Bundesstaat Florida, er wurde in der ganz griechischen Ortschaft Tarpon Springs bei Tampa geboren. Nach der Priesterweihe war er zunächst in der Pfarrseelsorge in Indiana tätig, 1987 wurde er Ordinariatskanzler der orthodoxen Eparchie von Chicago. Zugleich lehrte er orthodoxe Theologie an der katholischen Loyola-Universität in Chicago. Der Heilige Synod von Konstantinopel erwählte ihn 1996 zum Metropoliten von Hongkong und Südostasien.

2007 wurde Nikitas zum Metropoliten der Dardanellen bestimmt, zugleich übernahm er die Leitung des "Patriarch Athenagoras Orthodox Institute" (PAOI) in Berkeley in Kalifornien, war aber auch in der orthodoxen Pfarrseelsorge in Kalifornien tätig. Diese Funktionen hatte er bis zu seiner Wahl zum Metropoliten von Thyateira und Großbritannien 2019 inne. Nikitas ist u.a. Koordinator der Task Force des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel gegen Menschenhandel und moderne Sklaverei.

Der KEK gehören 114 orthodoxe, anglikanische, altkatholische, lutherische, reformierte, unierte und methodistische Kirchen Europas an. Die Russisch-orthodoxe Kirche hat sich allerdings schon 2008 wegen eines Konflikts um die Orthodoxe Kirche in Estland aus der aktiven Zusammenarbeit mit der KEK zurückgezogen. Sitz des Kirchendachverbands ist Brüssel.

Bartholomaios: Christliches Europa beleben

Die 16. KEK-Vollversammlung stand unter dem Leitwort "Unter Gottes Segen - die Zukunft gestalten". In einer Grundsatzrede bei der Versammlung in Tallinn betonte der orthodoxe Ökumenische Patriarch Bartholomaios I., dass alle christlichen Kirchen aufgerufen sind, sich gemeinsam für ein Europa einzusetzen, das auch weiterhin auf christlichen Werten basiert. Wie der Pro-Oriente-Informationsdienst (Dienstag) berichtet, führte Bartholomaios in seiner Rede aus, was er unter diesen christlichen Werten versteht und wie er sich die ökumenischen Beziehungen zwischen den Kirchen vorstellt.

"Wir sollten auf eine Zivilgesellschaft in Europa hoffen und uns für sie einsetzen, in der das Gemeinwohl jegliche Grenzen überwindet. Wir sollten auf ein Europa hinarbeiten, in dem Christen - und alle Menschen guten Willens - sich für Gerechtigkeit einsetzen und Fremde aufnehmen. Wir sollten uns auf die christliche Berufung besinnen, den Armen das Evangelium zu verkünden, die Gebrochenen zu heilen, den Blinden das Augenlicht wiederzugeben, den Gefangenen die Freiheit zu verkünden und die Unterdrückten zu befreien", so der Patriarch wörtlich. Das sei der richtige Weg zur Wiederbelebung eines christlichen Europas.

Zugleich warnte Bartholomaios vor der Versuchung, sich angesichts der vielfältigen Bedrängnisse, denen die Kirchen ausgesetzt sind, mit den politischen autoritären Mächten des Kontinents in ein Boot zu setzen.

In den letzten Jahrzehnten und insbesondere seit der Gründung der EU sei viel von den christlichen Wurzeln Europas bzw. einem christlichen Europa die Rede gewesen. Die jüngsten

Migrationsbewegungen hätten diese Proklamationen noch verstärkt, "auch von denen, die dies eher aus nationalistischen als aus christlichen Gründen tun". Die Idee eines christlichen Europas rufe Bilder einer idealisierten Vergangenheit und sogar einer idealisierten christlichen Kultur hervor, warnte der Ökumenische Patriarch: "Das Christentum hat Europa jahrhundertlang beherrscht und dem europäischen Volk viel Gutes gebracht - seine Gesetze, seine Kultur und seine Bräuche. Aber die Idee eines christlichen Europas hat auch zu Gewalt zwischen den christlichen Kirchen geführt, als sie darum kämpften, welches Christentum Europa dominieren würde", plädierte Bartholomaios für eine differenzierte Sicht.

In der Ökumene müsse es darum gehen, Unterschiede anzuerkennen und zu respektieren

und zugleich immer wieder neu die Frage zu stellen, "was wir unter einem christlichen Europa in einer demokratischen Europäischen Union verstehen". Gleichzeitig stelle sich die Frage, "wie wir ein christliches Europa in der gegenwärtigen politischen Landschaft verwirklichen können, in der viele westliche Nationen religiöse und nationale Identitäten voneinander getrennt haben, einige östliche Länder religiöse und nationale Identitäten wieder miteinander verbunden haben, während in anderen Ländern sogar ein Anstieg des Autoritarismus zu beobachten ist". Für die Ökumene wie für Europa gelte, dass es Achtung voreinander und Achtung vor der Vielfalt geben müsse, zeigte sich der Ökumenische Patriarch überzeugt.

Bericht: Nach Schule nun tödlicher Anschlag auf Kirche in Uganda

Bewaffnete schlugen nach Gottesdienst in einer anglikanische Kirche mit Macheten auf Menschen ein

Kampala, 20.06.2023 (KAP/KNA) Wenige Tage nach dem Massaker an einer Schule in Uganda hat es Medienberichten zufolge in der Nacht zu Dienstag einen Anschlag auf eine Kirche gegeben. Im westugandischen Bezirk Kakumiro seien Bewaffnete nach einem Gottesdienst in eine anglikanische Kirche eingedrungen und hätten mit Macheten auf Menschen eingeschlagen. Ein Lehrer sei "zu Tode gehackt" worden, berichtete die Zeitung "Monitor" am Dienstag laut Katholischer Nachrichten-Agentur (KNA). Eine unbestätigte Zahl von Personen wurde verwundet; mindestens ein Opfer schwebt demnach in Lebensgefahr.

Der Schock in dem ostafrikanischen Land sitzt immer noch tief, nachdem mutmaßliche Islamisten am Wochenende fast 40 Schüler in einem Internat getötet hatten. Die Angreifer entkamen mit einer unbestimmten Zahl von Schülern. Papst Franziskus und andere Religionsführer

verurteilten das Attentat. "Überall dieser Kampf, dieser Krieg. Beten wir für Frieden", so das katholische Kirchenoberhaupt.

Kurz nach dem Angriff hatte ein ugandischer Armeesprecher verkündet, dass auch die Luftwaffe die Verfolgung der Angreifer aufgenommen habe. Bei ihnen soll es sich um religiös motivierte Extremisten der "Allied Democratic Forces" (ADF) handeln. Die Fundamentalisten, ursprünglich aus Uganda, errichteten in den vergangenen Jahren ihre neue Basis in der benachbarten Demokratischen Republik Kongo.

Am Montag teilte die Regierung in Kampala die Festnahme von 20 Verdächtigen mit; darunter sei der Direktor des Gymnasiums und ein Lehrer. Sie stehen im Verdacht, den Angreifern geholfen zu haben. Unterdessen sollen etliche Schulen im Grenzgebiet aus Angst vor weiteren Anschlägen zu Wochenbeginn fast leer geblieben sein, berichten örtliche Medien.

Mexiko: Gebet und Glockenläuten für zwei ermordete Katechetinnen

Junge Frauen aus der Volksgruppe der Triqui waren bei einem Überfall von Bewaffneten getötet worden - Landesweiter Gebetstag mit Aufrufen zu Frieden und Überwindung von Rachedgedanken

Mexiko-Stadt/Rom, 20.06.2023 (KAP) Ein Zeichen gegen die ausufernde Gewalt im Land will Mexikos katholische Kirche mit einem einminütigen Glockengeläut in allen Kirchen des Landes am Dienstagnachmittag (15 Uhr Ortszeit) setzen. Damit soll aller Opfer von Gewalt und insbesondere zweier indigener Katechetinnen der Volksgruppe der Triqui gedacht werden, die vergangene Woche am Weg zu einer eucharistischen Prozession getötet wurden.

"Wir erkennen ihren Einsatz und ihr Opfer an und würdigen sie für die edle Arbeit, die sie mutig geleistet haben", heißt es laut Presseedienst "Fides" und Portal "Vatican News" in einer gemeinsamen Erklärung von Mexikanischer Bischofskonferenz und Ordensoberen zur Tötung der beiden Frauen. Der Bundesstaat Oaxaca, in dem sich der jüngste Vorfall ereignete, zählt zu Mexikos Schauplätzen gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten Gruppen.

Wie die Wochenzeitung "Desde la Fe" berichtete, wurden Gertrudis Cruz de Jesús und Gliserina Cruz Merino, Katechetinnen der Pfarre San Juan Bautista Copala in der Diözese Huajuapán de León, am 15. Juni von bewaffneten Männern getötet. Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft des Bundesstaates Oaxaca befanden sich die jungen Frauen aus Sicherheits-

gründen in einem Militärfahrzeug, als sie in der Gegend von Cruz Chiquita überfallen wurden.

Der gewaltsame Überfall ereignete sich nur drei Tage vor einem Gebetstag, zu dem die Kirche in Mexiko für die Opfer von Gewalt, die Verschwundenen und für den Frieden im ganzen Land aufgerufen hatte. Immer wieder zählt auch die Kirche zu den Opfern der exzessiven Gewalt. Dem "Centro Católico Multimedial" (CCM) zufolge wurden in Mexiko seit 2018 sieben Priester ermordet, zudem gab es allein 2022 landesweit fast 800 Erpressungen, Bedrohungen oder Drohungen gegen Geistliche. Pfarren seien oft Opfer von Schutzgelderpressungen, bei denen Kartelle etwa die Hälfte der Kollekten von Gottesdiensten oder Patronatsfesten einfordern.

Der landesweite Gebetstag am Sonntag hatte als Höhepunkt einen Gottesdienst in der Guadalupe-Basilika in Mexiko-Stadt, bei dem Kardinal Carlos Aguiar Retes zu Friede im Land sowie zu Versöhnung, Vergebung und zum Aufbau eines "sicheren Mexikos" aufrief. Die Wunden, Ressentiments und Rachedgedanken infolge traumatischer Ereignisse gelte es zu überwinden. Dazu seien der Glaube und das Beispiel von Jesus Christus eine Hilfe. Konkreter Anlass des Gebetstages war die erfolgte Ermordung zweier Jesuiten im Bundesstaat Chihuahua genau ein Jahr davor.

Pakistans Regierung knickt bei Blasphemie vor Islamisten ein

Regierung will angebliche Gotteslästerer auch wegen Terrorismus anklagen - Katholische Menschenrechtsaktivisten warnen

Islamabad, 20.06.2023 (KAP/KNA) Katholische Menschenrechtsaktivisten im mehrheitlich islamischen Pakistan reagieren mit Sorge auf die Entscheidung der Regierung, angebliche Gotteslästerer auch wegen Terrorismus anzuklagen. "Das wird nur die umstrittenen Gesetze stärken, willkürliche Verhaftungen fördern und die Gefahren für die Opfer erhöhen. Es stellt die Aussicht auf ein faires Verfahren in Frage und verstößt somit gegen internationale Verträge", sagte Joseph Jansen, katholischer Vorsitzender der Menschen-

rechtsgruppe "Voice for Justice", dem asiatischen Nachrichtendienst "Ucanews".

Innenminister Rana Sanaullah hatte in der vergangenen Woche mit der radikalislamischen Partei Tehreek-e-Labbaik (TLP) eine Vereinbarung über Anwendung des Antiterrorgesetzes auf jeden unterzeichnet, der wegen Verunglimpfung des Propheten Mohammed verurteilt wurde. Die TLP hatte am 22. Mai von der Hafencity Karatschi aus einen 25-tägigen Marsch mit Tausenden Anhängern nach Islamabad gestartet,

um strengere Strafen und schnellere Gerichtsverfahren in Blasphemiefällen zu fordern.

Sabir Michael, katholischer Akademiker und Leiter der "Vereinigung für Frieden, Wohlfahrt und Entwicklung" in Karatschi, sagte "Ucanews", die Anwendung der Gesetze gegen Blasphemie liege außerhalb der Kontrolle der Regierung. "Jede Regierung ist hilflos, ihre Macht durchzusetzen, wenn die Islamisten die Öffentlichkeit um sich scharen", betonte Michael. Die "Nationale Kommission für Gerechtigkeit und Frieden" (Iustitia et Pax) der katholischen Bischofskonferenz Pakistans lehnte mit Verweis auf "ungünstige Umstände" einen Kommentar zu der Vereinbarung zwischen TLP und Regierung ab.

Blasphemie kann nach pakistanischem Recht mit dem Tod bestraft werden. Der Tatbestand ist jedoch vage definiert und erfordert vor Gericht nur wenige rechtlich eindeutige Beweise. Die Blasphemiegesetze werden häufig als Waffe bei Streitigkeiten um Geld, Eigentum oder Geschäfte gegen Muslime und Nicht-Muslime eingesetzt. In dem von religiösen Spannungen geprägten Pakistan führen oft schon bloße Anschuldigung wegen Blasphemie zu Lynchjustiz.

Im Jänner dieses Jahres verabschiedete das Parlament eine Gesetzesverschärfung, durch die Strafen für die Beleidigung der Ehefrauen und Familienangehörigen des Propheten auf zehn Jahre und eine Geldstrafe von umgerechnet rund 4.000 Euro erhöht wurden.

Weltkirchenrat will Verbindungen zu Russland und Ukraine stärken

Spitzenvertreter des ÖRK sondierten in den vergangenen Wochen bei Gesprächen mit den Kirchen in Kiew und Moskau die Erfolgsaussichten eines "Runden Tisches" in Genf

Genf, 20.06.2023 (KAP/KNA) Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) will mit seinem Vermittlungsversuch die Verbindungen zwischen den Kirchen Russlands und der Ukraine stärken. Gespräche über einen Runden Tisch der Kirchen seien nicht zuerst politisch motiviert, sagte der Weltkirchenrats-Vorsitzende Heinrich Bedford-Strohm in einem Interview des Fachdiensts "Ökumenische Information" der Katholischen Nachrichten-Agentur KNA (Dienstag). Es gelte, die gemeinsame Basis im Glauben an Jesus Christus als Ausgangspunkt zu nutzen. Der bayerische evangelische Landesbischof fügte hinzu: "Das ist auch als Zeichen für die Politik wichtig. Aber die politische Frage steht nicht am Anfang."

Spitzenvertreter des ÖRK hatten in den vergangenen Wochen bei Gesprächen mit den Kirchen in Kiew und Moskau die Erfolgsaussichten eines "Runden Tisches" in Genf sondiert. "Auch beim Moskauer Patriarchen Kyrill I. besteht eine grundsätzliche Offenheit für diesen Versuch, auch wenn es noch keine definitive Zusage gibt und Verschiedenes noch geklärt werden muss", so Bedford-Strohm. Bei den beiden orthodoxen Kirchen in der Ukraine stehe der jetzige Streit über Klöster und Kirchen noch im Weg.

Mit Blick auf den Antrag der 2018 gegründeten eigenständigen Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) auf Mitgliedschaft im Weltkirchenrat

sagte Bedford-Strohm, dieser Antrag müsse "den normalen Weg gehen". Es dauere normalerweise etwa vier Jahre vom Antrag bis zur Aufnahme. Die andere orthodoxe Kirche habe derzeit noch keinen klaren Status als bisheriger Teil des Moskauer Patriarchats, deshalb sei für sie noch kein Antrag möglich. "Dieser könnte jedoch eine Frucht unserer Bemühungen sein", so der Bischof. "Dass wir geredet haben, könnte dazu beitragen, dass man sich im ÖRK wieder finden kann - das wünsche ich mir jedenfalls."

Der von der ÖRK-Vollversammlung im vergangenen September in Karlsruhe neu gewählte Zentralkomitee des Weltkirchenrats tritt in dieser Woche erstmals in Genf zusammen. Das aus 150 Mitgliedern bestehende Gremium ist das höchste Leitungsorgan des ÖRK zwischen den Vollversammlungen.

Am Sonntag will der 1948 gegründete Weltkirchenrat im Rahmen der Tagung sein 75-jähriges Bestehen feiern. Dem ÖRK gehören rund 350 protestantische, anglikanische, orthodoxe und altkatholische Kirchen sowie kirchliche Gemeinschaften in 140 Ländern an. Diese repräsentieren insgesamt mehr als 500 Millionen Christen. Die katholische Kirche ist nicht Mitglied, arbeitet aber in mehreren Kommissionen eng mit dem ÖRK zusammen.

Mehr als 100.000 Pilger bei Aachener Heiligtumsfahrt

Kirchenvertreter ziehen positive Bilanz nach elftägigem Glaubensfest in der Kaiserstadt mit religiösen und kulturellen Angeboten - Wirbel um abgesagte Messe mit Kölner Kardinal Woelki

Aachen, 20.06.2023 (KAP/KNA) Rund 110.000 Pilger haben die diesjährige "Aachener Heiligtumsfahrt" besucht. Damit seien mehr Menschen als erwartet in mittelalterliche Traditionen eingetaucht und hätten sich mit ihrem Glauben auseinandergesetzt, sagte Wallfahrtsleiter und Dompropst Rolf-Peter Cremer vor Journalisten. Die deutsche Diözese hatte ursprünglich mit 100.000 Besuchern gerechnet. Die seit 1349 begangene Heiligtumsfahrt endete am Montagabend nach elf Tagen mit der sogenannten Verschließungsfeier. Dabei wurden die bei der Wallfahrt im Mittelpunkt stehenden Tuchreliquien erneut im Marienschrein im Aachener Dom verschlossen. Erst zur nächsten Heiligtumsfahrt im Jahr 2028 sollen sie wieder entnommen werden.

Der Aachener Bischof Helmut Dieser würdigte in seiner Predigt beim Abschlussgottesdienst die Heiligtumsfahrt, bei der vergangene Woche auch der Salzburger Erzbischof Franz Lackner eine Pilgermesse geleitet hatte, als Tage voller Entdeckungen. "Das Schöne an unseren Heiligtümern ist: Sie sind diskret, zurückhaltend, und sprechen doch zugleich eindeutig. Sie prahlen nicht mit Schönheit oder materiellem Wert, sondern sie machen allen, die sich ihnen zuwenden, ihre ganz eigene Aufwartung mit Sinn und Bedeutung."

Schon zuvor hatte Dieser eine positive Bilanz zur Wallfahrt gezogen: "Wir haben betende, glaubende, Fragen stellende und feiernde Menschen gesehen auf der Suche nach dem, was ihnen das Heilige denn ist, wie man ihm auf die Spur kommt und wie man es für sein Dasein auf dieser Welt annehmen kann", hieß es in einem schriftlichen Statement des Aachener Bischofs. Laut Wallfahrtsleiter Cremer gab es vor allem eine große Resonanz auf das Kulturprogramm mit rund 140 Veranstaltungen. Damit habe man ein gemischtes Publikum erreichen können. "Mit der diesjährigen Wallfahrt wollten wir vermitteln, dass Kirche lebendig und einladend sein kann", so der Geistliche.

Wirbel um Kardinal Woelki

Am Wochenende war das Glaubensfest in die Schlagzeilen geraten, nachdem auf Drängen von Bischof Dieser der Kölner Erzbischof Kardinal

Rainer Maria Woelki darauf verzichtete, wie geplant die letzte große Pilgermesse zu leiten. Im Vorfeld hatte es Proteste gegen den Erzbischof gegeben, der vor allem wegen seiner Missbrauchsaufarbeitung in der Kritik steht; weitere Demos am Rande der Open-Air-Messfeier wurden befürchtet. Man habe mit einer "verkrampften Atmosphäre" rechnen müssen, so Dompropst Cremer: "Für Kardinal Woelki wäre es nach unserer Überzeugung nicht so gewesen, dass er gut hätte Gottesdienst feiern können."

Traditionell steht der jeweilige Kölner Erzbischof der Messfeier am letzten Sonntag der Heiligtumsfahrt vor. Bischof Dieser erklärte, er habe befürchtet, dass der Gottesdienst in eine Krawallveranstaltung umschlage, da Woelki im Moment "Projektionsfläche für viele Probleme" zu sein scheine. Kardinal Woelki selbst warnte in einer Presseerklärung und in einer Videobotschaft vor einer Instrumentalisierung von Gottesdiensten für Protestaktionen. "Ich wäre als Pilger nach Aachen gekommen, so wie viele Tausende auch. Ich bin davon überzeugt, dass es unter Christen möglich sein muss, unterschiedliche Auffassungen zu haben und deutlich zu vertreten - und dennoch gemeinsam die heilige Eucharistie zu feiern."

Windeln Jesu und Kleid Mariens

Bei den Aachener Tuchreliquien handelt es sich der Legende nach um das Kleid Mariens aus der Heiligen Nacht, um Windeln Jesu, um das bei der Kreuzigung getragene Lendentuch Jesu sowie das Enthauptungstuch Johannes des Täufers. Die Textilien, die 799 Karl dem Großen übergeben wurden, sind laut Untersuchungen zwischen dem dritten und fünften Jahrhundert entstanden. Aber für die Kirche heute ist nicht die Echtheit entscheidend; sie sieht in den Tüchern Zeichen, die auf Jesus hinweisen.

Normalerweise findet die Heiligtumsfahrt alle sieben Jahre statt. Pandemiebedingt wurde der reguläre Rhythmus 2021 unterbrochen und das Glaubensfest um zwei Jahre verschoben. Die nächste Heiligtumsfahrt soll bereits in fünf Jahren und damit im ursprünglichen Zeitraster stattfinden.

Brustkreuz von Benedikt XVI. aus Kirche in Bayern entwendet

Bisher unbekannte Täter brachen Ausstellungsvitrine in Pfarrkirche St. Oswald in Traunstein auf

München, 20.06.2023 (KAP/KNA) Ein in der Pfarrkirche St. Oswald in bayerischen Traunstein aufbewahrtes Brustkreuz des emeritierten Papstes Benedikt XVI. (1927-2022) ist gestohlen worden. Das teilte die Polizei am Dienstag mit. Demnach haben unbekannte Täter am 19. Juni zwischen 11.45 und 17 Uhr eine in der Wand eingelassene Ausstellungsvitrine aufgebrochen und daraus das ausgestellte päpstliche Pektoral entwendet. Das Kreuz hatte der am Silvestertag 2022

gestorbene emeritierte Papst seiner früheren Heimatpfarre vermacht.

Für die katholische Kirche sei der Wert des sakralen Gegenstandes nicht bezifferbar, hieß es. Das Bayerische Landeskriminalamt hat unter Leitung der Staatsanwaltschaft Traunstein die Ermittlungen übernommen. In der Traunsteiner Kirche St. Oswald feierte Joseph Ratzinger, später Papst Benedikt XVI., 1951 seine Primiz.

Indischer Konzilsteilnehmer Alphonsus Mathias wird 95

Emeritierter Erzbischof von Bangalore ist einer von sechs noch lebenden Vätern des Zweiten Vatikanischen Konzils

Bangalore, 20.06.2023 (KAP/KNA) Alphonsus Mathias, emeritierter Erzbischof von Bangalore in Indien und einer der sechs letzten noch lebenden Väter des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-1965), wird am Donnerstag (22. Juni) 95 Jahre alt. Als "Konzilsväter" bezeichnet man die ursprünglich rund 2.700 Bischöfe und Vertreter von Ordensgemeinschaften, die am Konzil teilnahmen. Nicht als "Väter" gelten dagegen die Beobachter sowie die theologischen Berater ("Periti"), zu denen etwa Joseph Ratzinger/Papst Benedikt XVI. gehörte.

Der damals neu gewählte Papst Paul VI. ernannte den erst 35-jährigen Mathias im Herbst

1963 zum Bischof von Chikmagalur im Südwesten Indiens. Der junge Bischof nahm dann an der dritten und vierten Session des Konzils teil. Später, als Erzbischof von Bangalore (1986-1998), war Mathias auch zwischenzeitlich Vorsitzender der Indischen Bischofskonferenz.

Die ältesten noch lebenden Konzilsväter sind Bischof Jose de Jesus Sahagun de la Parra (101) aus Mexiko und Bischof Luigi Bettazzi (99) aus Ivrea/Italien. Der jüngste ist der nigerianische Kardinal Francis Arinze (90), früher Präfekt der vatikanischen Liturgiebehörde.

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Kligen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling, Till Schönwälder Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer Capital Bank AG Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	